
WLAN an Schulen: Ärztekammer Österreich und Ärztekammer Zypern fordern nun ein Verbot

Di, 06.02.2018 - 09:55

Die Erklärung von Nikosia tritt für den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor massivem Elektrosmog ein, wie er an den meisten Schulen unseres Landes festzustellen ist

Ende 2017 kam die offizielle gemeinsame Stellungnahme der Zyprischen Ärztekammer, der Österreichischen Ärztekammer, der Ärztekammer für Wien, sowie des Zyprischen Nationalen Komitees für Umwelt und Kindergesundheit: diese fordern in der „Erklärung von Nikosia“ den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Handystrahlung, sowie das Verbot von WLAN an KiTas und Schulen.

Was fordern genau die Ärzte? Diese gehen aus der aktuellen Studienlage aus, die unter den Auswirkungen nicht-ionisierender Strahlung (wie sie durch den Betrieb von WLAN, Smartphone, Handy, Schnurlostelephon entsteht) eine besorgniserregende Anzahl an pathologischen Bildern festgestellt hat: Kanzerogenität, Entwicklungsneurotoxizität, DNA-Doppelstrangbrüche, Fruchtbarkeitsstörungen, Überempfindlichkeit. Auch kognitive Beeinträchtigungen beim Lernen und beim Gedächtnis wurden aufgezeigt, alles bei Intensitäten weit unterhalb gesetzlicher Grenzwerte.

Ausgerechnet bei Kindern und Jugendlichen wirkt diese Exposition im Entwicklungsstadium ihres Körpers, ihres Gehirns, ihres Nerven- und ihres Fortpflanzungssystems.

Die Ärzte fordern von der Politik eine Überarbeitung der geltenden Richtlinien und Grenzwerte, aber bis dahin müssen unverzüglich Kriterien der Vorsorge und des Respekts gegenüber Heranwachsenden Anwendung finden.

Die Forderung nach dem Vorsorgeprinzip hatte auch 2015 der Südtiroler Landtag mit einem entsprechenden Beschluss getroffen. Im März 2017 hat aber die Landesregierung verschiedene Meinungen von Beamten in einem „Gutachten“ gesammelt. Auf dieser Basis hat der Landtag erneut abgestimmt und die Landesregierung mit der weiteren „WLANisierung“ der Schulen beauftragt.

Ganz in die falsche Richtung – finden nicht nur die Verbraucherzentrale Südtirol und das Netzwerk der Bürgerwelle, sondern unseres Wissens auch einige politischen Vertretungen im Landtag. Diese haben

bei der Landesregierung interveniert und eine Überprüfung dieser Vorgänge verlangt.

Die Landesregierung sieht jedoch nach wie vor „keinen Grund zur Vorsorge“ und macht weiter in der WLAN-Ausstattung der Schulen. Schuldirektoren und Lehrer fühlen sich großem Druck ausgesetzt.

Verbraucherzentrale Südtirol und Netzwerk der Bürgerwelle fordern nun auch angesichts der neuesten ärztlichen Stellungnahmen die Landesregierung auf, bisherige und neue Erkenntnisse endlich wahrzunehmen und das Vorsorgeprinzip zu akzeptieren und in die Tat umzusetzen.

Medienvertreter können weitere Information und Unterlagen bei der Beratungsstelle für Elektrosmog einholen, unter der Adresse infoconsum@verbraucherzentrale.it oder telefonisch unter 0471 941465.